

# Landwirte fürchten um ihre Existenz

**Austausch** Politiker und Berufsständler diskutieren in Hawangen, wie ein weiteres Sterben von Höfen verhindert werden kann. Warum ein heimischer Molkerei-Chef eine leichtere Zuwanderung von Migranten fordert

VON FRANZ KUSTERMANN

**Hawangen** Was muss sich dringend ändern, damit die wenigen, auf den Dörfern noch verbliebenen Bauern nicht auch noch ihren Betrieb aufgeben? Darüber diskutierten Vertreter des Berufsstands und der Molkereien mit dem Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke (CSU) bei einem Rundgang durch die Molkerei „Käse Genuss Hawangen“.

Eigentlich hätte Ilse Aigner ins Unterallgäu kommen sollen, berichtete der Unterallgäuer Kreisobmann und Stellvertretende Vorsitzende der Molkereigenossenschaft „Allgäu Milch Käse“ Kimratshofen (AMK), Martin Schorer. Die Landwirte und Vorstandsmitglieder der Genossenschaft sowie deren Geschäftsführer nutzten nun die Gelegenheit, dem Stephan Stracke die aus ihrer Sicht existenzbedrohenden Sorgen und Probleme der Unterallgäuer Landwirtschaft deutlich nahezubringen.

Hubert Dennenmoser, Geschäftsführer der Genossenschaftsmolkerei Allgäu-Milch-Käse in Kimratshofen, forderte vehement, Zuwanderung und Arbeiterlaubnis von Migranten zu leichtern, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Laut Stracke sind fehlende Arbeiterlaubnis und Aufenthaltsgenehmigung für Migranten „nur dann ein Problem, wenn sie ihre Papiere nicht beibringen.“

Zudem müssten die ungleichen Bedingungen für Exporte zwingend weltweit angeglichen werden. Selbst in Europa hätten viele Länder eigene Programme zum Schutze ihrer Landwirte etabliert; hierzulande fehle jeder Ansatz hierzu.

Deswegen gehe das Höfesterben ungemindert weiter: Im Jahr 2000 gab es laut Dennenmoser deutschlandweit 142000 Milcherzeuger mit 4,6 Millionen Kühe, 2020 nur noch 57000 Milcherzeuger mit 3,9 Millionen Kühen. In Memmingen und dem Landkreis Unterallgäu verringerten sich die landwirtschaftlichen Betriebe seit 2011 von 2632 (davon 1689 im Haupterwerb) auf aktuell 2227 (1218 im Haupterwerb).

Das Verbot der Anbindehaltung treffe vor allem das kleinstrukturierte Allgäu sehr hart. Von der Politik forderte der Geschäftsführer „mäßiges und unterstützendes Eingreifen“, vor allem klare Vorgaben über das Ende der Anbindehaltung: Es nütze nichts, wenn Anbin-



„Käse Genuss“-Betriebsleiterin Dagmar Kienle (von rechts) diskutiert mit Walter Rehklau, Kreisobmann Martin Schorer, dem Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke und Reinhard Lohr über die Probleme in der heimischen Land- und Molkereiwirtschaft.

Foto: Franz Kustermann

## Käseproduktion in Hawangen

● **Geschichte:** 1930 Gründung der Genossenschaft Milchwerk Hawangen mit einer Verarbeitungsmenge von rund 10000 Liter Milch pro Tag. 1966 Bau einer neuen Butterei und Weichkäseerei. 1985 Beginn der Chesterproduktion. 2010 Fusion mit der Molkerei Kimratshofen zur „Allgäu-Milch-Käse e.G.“. 2011 Umfangreiche technische Erneuerung des Milch-

werkes Hawangen. 2016 Gründung der „Hawanger Käsegenuss GmbH“; jeweils zur Hälfte beteiligt sind die Allgäu-Milch-Käse e.G. und die Schweizer Holding „LM-Invest“. 2017 Beginn der Pasta Filata-Produktion (Reibekäse und Käse zur Weiterverarbeitung in Block- und Fassware).

● **Eckdaten:** Hawanger Käsegenuss verfügt aktuell über 40 Mitarbeiter,

verarbeitet jährlich 88 Millionen Kilo Milch (hauptsächlich zugekauft auf dem sogenannten Spotmarkt) und produziert daraus (nur auf Bestellung zur industriellen Weiterverarbeitung) acht Millionen Kilo Käse.

● **Produkte:** Mozzarella-Blockware (Zehn-Kilo-Block als Nischenprodukt, etwa konventionell, Bio, laktosefrei) in allen möglichen Variationen

und Fettstufen, auch Kleinstmengen) zur industriellen Weiterverarbeitung. Chester in diversen Fettstufen als 20-Kilo-Block oder 200-Kilo-Fass; mit und ohne Salz. Hartkäse, Emmentaler (ohne Löcher) und Magerkäse wird in allen gewünschten Fettstufen als 20-Kilo-Block produziert; diese Sorten sind zum Reiben und Schmelzen geeignet. (fk)

dehalter Milch produzieren dürfen, diese aber faktisch unverkäuflich sei. Insbesondere im Unterallgäu sei Kombihaltung ein unlösbares Problem für Landwirte in den beengten Dörfern, wenn sie ihre Tiere nicht austreiben können. Kreisobmann Martin Schorer wertete die Investitionsförderung zwar als „gut“: Wenn Fahrsiloanlagen heute schon 300000 Euro kosten und der notwendige Stallbau noch das Fünffache dazu, dann sei der Milchpreis um fünf Cent zu niedrig. Vorstandsmitglied Walter Rehklau befürchtete, dass bei diesen Bedingungen hierzulande junge, bestens ausgebil-

dete Landwirte zur Industrie abwandern.

Dennenmoser forderte von Stracke, sich für wissenschaftliche Studien auf dem Grünland einzusetzen. Das auf die Grünlandnutzung angewiesene Allgäu sei in Hinblick auf Insektenschutz, Klimawandel und CO<sub>2</sub>-Verringerung bestimmt wesentlich besser als die Ackerbauregionen. Stracke betonte, dass die Landwirtschaft hier „Teil der Lösung“ sei. Umso unverständlicher sei es laut Dennenmoser, dass die Bauern immer noch mehr an den Pranger gestellt würden.

Schorer betonte, dass die Land-

wirtschaft mit der CO<sub>2</sub>-Bindung bei Mais, Getreide, Grünland und Wald die einzige Branche sei, die sogar „CO<sub>2</sub>-positiv“ wirtschaftet. Der vielfach von der Bevölkerung verhasste Mais binde wesentlich mehr Kohlendioxid als Wald – selbst wenn dieser nachhaltig genutzt werde. Einig waren sich alle Diskussionssteilnehmer, dass klimatechnisch die Stilllegung des Waldes die Schlechteste aller Möglichkeiten der Landnutzung darstelle.

Klare politische Vorgaben vermisse Dennenmoser auch bei der Stromsicherheit: In Kimratshofen gebe es jetzt schon immer wie-

der „Stromausfälle wie in Nigeria“, obwohl das Kernkraftwerk Gundremmingen noch nicht abgeschaltet sei. Auch dürften die Verbrenner wie Diesel „nur mit Bedacht abgeschaltet werden“.

Bei der Käseverpackung fehlten klare politische Vorgaben, welche die dringend notwendige Müllverminderung belohnen. Beim Thema Cyber-Kriminalität forderte Dennenmoser „besseren Schutz und keine gegenläufigen Gesetze“. Die Fachschulausbildung sei nicht aktuell. Und der Handel verlagere den Einkauf nach Österreich und Holland, um Steuern zu sparen.